Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Saarland, Kaiserstr. 258, 66133 Saarbrücken,
Tel.: 0681 8412410 * Fax: - 15
maito: gdp-saarland@gdp.de * www.gdp-saarland.de * www.facebook.com/gdp.saar/

Pressemitteilung vom 31.10.2018

GdP fordert Einführung der freien Heilfürsorge – Ein Zeichen der Wertschätzung durch den Dienstherrn

Die freie Heilfürsorge erfährt derzeit ihren Einzug in verschiedene Bundesländer. Nach unseren Informationen wird Rheinland-Pfalz nun ebenfalls schnellstmöglich ein entsprechendes Modell einführen und wäre somit das zwölfte Bundesland, das für seine Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte die Alimentation im Krankheitsfall übernimmt. Bei der freien Heilfürsorge handelt es sich um eine spezielle Art der Fürsorge. Die freie Heilfürsorge gehört weder zur privaten noch zur gesetzlichen Krankenversicherung. Sie kommt insbesondere denjenigen Berufsgruppen zugute, deren Arbeitstätigkeit als besonders gefährlich angesehen wird.

Nach Ansicht der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Landesbezirk Saarland, gebietet die Fürsorgepflicht des Dienstherrn, seinen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten die freie Heilfürsorge als Wahlmöglichkeit zur Verfügung zu stellen. In anderen Bundesländern können die Kolleginnen und Kollegen bis zum Ablauf des Jahres 20XX entscheiden, ob sie weiterhin privat versichert sein möchten oder die freie Heilfürsorge in Anspruch nehmen. Die Versicherungsleistungen der freien Heilfürsorge kann man mit den Leistungen einer gesetzlichen Krankenversicherung vergleichen. Im Gegenzug sparen Anspruchsnehmerinnen und -nehmer im Jahr einen vierstelligen Euro-Betrag.

Der Landesvorsitzende der GdP, David Maaß, hierzu: „Steigende Gewalt sowie eine schlechte Besoldung sollten für die Landesregierung Gründe genug sein, die freie Heilfürsorge für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte einzuführen. Will das Saarland auf dem Arbeitsmarkt ‘Polizei’ konkurrenzfähig bleiben, muss investiert werden! Bei knapp 2500 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten im Saarland sind die Kosten für unser Bundesland mit voller Staatskasse überschaubar. Die Gewerkschaft der Polizei erwartet Antworten und eine schnelle Umsetzung der Initiative. Wir möchten keine Polizei zweiter Klasse sein!